

Das Leben  
ist kurz  
und man soll  
es genießen

# DIE LINKE.

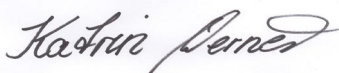
## Wenn das Recht befreit...

**Formale Rechte müssen auch umgesetzt werden.**

Zwischen dem Starken und dem Schwachen unterdrückt die Freiheit, während das Recht befreit. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft sind oftmals Kinder und Jugendliche. Verantwortungsvolle Politik muss gerade ihre Rechte stützen, auch wenn dabei keine Wählerstimmen rausspringen - eine ebenenübergreifende Herausforderung. Deshalb machen wir in unserem Antrag zur Menschenrechtssituation in Deutschland klar, dass die grassierende Kinderarmut in unserem Land ein Menschenrechtsproblem ist. Deshalb wehren wir uns gegen „Promo-Aktionen“ der Bundeswehr an Trierer Schulen und in ganz Rheinland-Pfalz - weil wir unsere Kinder vor dieserart

ideologischer Einflussnahme schützen wollen. Deshalb werde ich mich aktiv an der Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Erarbeitung einer Jugendrechtskonvention beteiligen und den Appell des Europarats an die Menschenrechtsverantwortung der nationalen Parlamente wieder und wieder in die Debatten innerhalb und außerhalb des Bundestags einbringen. Wir sind es den Schwächsten in unserer Gesellschaft schuldig. Wir streiten nicht nur für ihre fundamentalen Rechte, sondern auch dafür, dass sie zu diesen Rechten kommen.

**Katrin Werner**



## INHALT

KINDERARBEIT IM BLICK

WAS NUN, KURT BECK?

BUNDESWEHR & SCHULE

DER EUROPARAT KOMMT

## „DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR!“

Auszug aus der Protokollrede im Deutschen Bundestag am 12. Mai 2011, TOP 22 zum Antrag der LINKEN „Vom Anspruch zur Wirklichkeit: Menschenrechte in Deutschland schützen, respektieren und gewährleisten“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, die Bundesregierung singt gern das Hohe Lied der Menschenrechte. Gegenüber ausgewählten Ländern erhebt die Bundesregierung gern den moralischen Zeigefinger, auch um von der Situation im eigenen Land abzulenken. Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wir haben allerdings in der Bundesrepublik keinen Grund zur Selbstzufriedenheit! Die Menschenwürde wird in diesem Land alltäglich verletzt. Dies gilt vor allem für Kinder, die in Armut leben, für die Ausgrenzung von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen und von Menschen mit Behinderungen. Gerade die konkrete Lebenssituation der sozial Benachteiligten und Schwachen ist aber der Lackmustest für unsere realen Menschenrechtsstandards! Wer definiert in diesem Land eigentlich, was zu einem Leben in Menschenwürde gehört?



Ich möchte diesen Zusammenhang am Beispiel der Kinderarmut näher erläutern: Seit einigen Jahren steigt die Kinder- und Jugendarmut in Deutschland unaufhörlich an und man fragt sich: Wieso ist das so? Laut aktuellen Angaben der Kindernothilfe wachsen derzeit rund 3 Millionen Kinder unter Armutbedingungen auf. Hinzu kommt, dass unser Bildungssystem die Armut zementiert, weil es kaum Aufstiegschancen bietet. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung können inzwischen Arbeiterkinder in den USA leichter studieren als in Deutschland! Die-

ses Verhältnis war früher einmal umgekehrt! 85 Prozent der Kinder mit Behinderungen besuchen in Deutschland sogar Sonderschulen und keines dieser Kinder erreicht die Fach- oder die Hochschulreife. Kinder- und Jugendarmut ist für ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik ein gesellschaftspolitischer Skandal! Die großen Wirtschaftskonzerne werden als Verursacher der Finanzkrise entlastet und bei der Armutsbekämpfung und anderen Sozialausgaben wird gekürzt. Allein in meinem Bundesland Rheinland-Pfalz sind über ein Fünftel der 15-18-Jährigen

# LINKS IM BUND

arm. Die Ursache für Kinderarmut ist meist die Einkommensarmut der Eltern. Küchenhilfen in Trier bekommen 4 Euro Stundenlohn, Überstunden werden mit einer Pizza oder mit Bier entgolten. Wie soll damit eine Familie ernährt werden? [...] Meine Damen und Herren, die sogenannte „Reform-Agenda 2010“ hat Millionen Menschen in Deutschland in Armut gestürzt. Damit wurde ein bislang ungekannter Raubbau vor allem an den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten der Schwächsten unserer Gesellschaft betrieben!

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn zur Durchsetzung der Menschenwürde und der Menschenrechte von Millionen Betroffenen und ihren Kindern! Um die Massenarmut zu bekämpfen, fordert DIE LINKE einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 EURO pro Stunde! Ansonsten gibt es keine sozial gerechte Teilhabe in unserer Gesellschaft!

Die Bundesregierung könnte hierbei von unseren europäischen Partnern lernen. Im Europarat fordert selbst die Gruppe der Europäischen Volksparteien, das sind die Konservativen, die Einführung von Mindesteinkommensgarantien. In Luxemburg gibt es einen Mindestlohn von 10,16 EURO pro Stunde. Auch in Frankreich gibt es einen

gesetzlichen Mindestlohn. Arbeit muss eben angemessen bezahlt werden, um ein Leben in Würde zu ermöglichen! Das sind die Vorbilder, an denen sich die Bundesregierung orientieren müsste! Stattdessen betreibt Schwarz-gelb lieber eine Sündenbockpolitik, die die Betroffenen selbst für ihre Misere verantwortlich macht!

Menschenunwürdig ist auch Deutschlands Umgang mit Migrantinnen, Migrantinnen und Flüchtlingen. Bei Flüchtlingen und Asylsuchenden haben wir ein menschenfeindliches Abschottungssystem geschaffen, für das wir uns schämen müssen! Sofern wir Flüchtlinge nicht vor den Mauern der Festung Europa im Mittelmeer ertrinken lassen oder abweisen, behandeln wir diejenigen, die es trotz allem zu uns schaffen und einen Asylantrag stellen, praktisch wie Kriminelle.

Das Asylverfahren und insbesondere die Abschiebep Praxis verletzen eindeutig die Menschenwürde der Betroffenen. Oft werden ganze Familien auseinandergerissen und zusätzlich traumatisiert. In Rheinland-Pfalz finden regelmäßig „Rückkehrberatungen“ mit Flüchtlingen statt. Für ein Laptop, einen „Wirtschaftsplan“ für die Selbstständigkeit und etwas Bargeld werden die Schutzsuchenden dann wieder abgeschoben. Und dies wird dann als freiwillige Rückkehr bezeichnet! Dabei fehlt doch

in den Herkunftsländern oft sogar der Stromanschluss für ein Laptop! So sieht die Flüchtlingspolitik in Deutschland aus. Das spricht Bände über das Verständnis von Menschenrechten! [...]

Sehr geehrte Damen und Herren, es reicht nicht aus, nur an die Vernunft der Bundesregierung zu appellieren, dass sie die Würde und Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen besser achten möge. DIE LINKE fordert die Konkretisierung des Sozialstaatsgebots durch die Aufnahme sozialer Grundrechte in das Grundgesetz. Dies ist notwendig, um künftig Verletzungen insbesondere der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in Deutschland besser zu begegnen und vorzubeugen. Die vorhandenen deutlichen Defizite vor allem in den Bereichen Armut, Arbeit, Wohnen, Gesundheitsversorgung und Bildung sind in allererster Linie Menschenrechtsverletzungen, die umgehend zu beseitigen sind. Nur in dem Maße, im dem Menschen über soziale Grundrechte verfügen, werden Freiheitsrechte umfassend wirksam. Ohne ein Mindestmaß an sozialer Gleichheit gibt es keine wirkliche Freiheit! Beides gehört zusammen, es sind die beiden Seiten derselben Menschenrechtsmedaille! Vielen Dank!

# VOM ANSPRUCH ZUR WIRKLICHKEIT: MENSCHENRECHTE IN DEUTSCH- LAND SCHÜTZEN, RESPEKTIEREN UND GEWÄHRLEISTEN

Auszug aus dem Antrag der  
Fraktion DIE LINKE



Manfred DirKling: Bewegung

Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und weitere Nichtregierungsorganisationen Deutschland wiederholt wegen der Nichteinhaltung seiner Menschenrechtspflichten im eigenen Land kritisiert. Zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Deutschland zählen u. a. die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen, von Trans- und Intersexuellen, die zunehmende Kinder- und Altersarmut, die andauernde Verletzung der Gleichstellung der Geschlechter, Gewalt gegen Frauen im Alltag und weitere.

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:** Die Bundesrepublik Deutschland ist der Achtung, dem Schutz und der Gewährleistung der Menschenrechte im In- und Ausland verpflichtet. Dies ergibt sich unmittelbar aus Artikel 1 des Grundgesetzes (GG): „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Deutschland hat im Jahr

1973 sowohl den Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte (Zivilpakt) als auch den Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (Sozialpakt) der Vereinten Nationen (VN) ratifiziert. Beide traten 1976 in Kraft. Bereits im Jahr 1957 trat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) in Kraft, im Jahr 1965 folgte die Europäische Sozialcharta. Dennoch haben der

**Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrantinnen und Migranten und Asylsuchenden** Migrantinnen und Migranten sind bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe gegenüber Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich benachteiligt. Zur Durchsetzung politischer Partizipation sollten Menschen mit Migrationshintergrund das Wahlrecht erhalten. Menschen mit Mi-

grationshintergrund werden im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt benachteiligt und sind überproportional von Erwerbslosigkeit betroffen. Mit der Residenzpflicht hat die Bundesrepublik Deutschland ein landesweites System der Aufenthaltsbeschränkung etabliert, das in Europa ohne Beispiel ist. [...]

## **Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen mit Behinderung**

Menschen mit Behinderung werden im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung diskriminiert. Sie unterliegen einem ungleich höheren Armutsrisiko, sind häufiger erwerbslos und können häufig nicht ihren Wohnort bestimmen. [...]

## **Menschenrechtsverletzungen gegenüber Kindern**

In Deutschland wächst die Kluft zwischen Kindern, die gesund, abgesichert und gefördert aufwachsen und solchen, deren Alltag durch Hoffnungslosigkeit, Mangel und Ausgrenzung geprägt ist, so der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2008. In Deutschland manifestiert sich Kinderarmut in schlechter Ernährung, mangelnder Bildung, unzureichender ärztlicher Versorgung und eingeschränkten sozialen Beziehungen. Hauptursache für Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Eltern. Besonders armutsgefährdet sind die Kinder

von Eltern mit Migrationshintergrund, ohne elterliche Fürsorge, aus bildungsfernen Schichten und von Alleinerziehenden, wie dies auch der 9. Menschenrechtsbericht (Bundestagsdrucksache 17/2840) bestätigt. [...]

## **Menschenrechtsverletzungen gegenüber alten Menschen**

Ein Drittel der Seniorinnen und Senioren könnte bald wieder von Altersarmut betroffen sein, schätzt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Insbesondere für Frauen bedeutet die Rente ab 67 eine starke Bedrohung von Armut. Schon heute sind rund zwei Drittel der Sozialhilfeempfängerinnen über 65 Jahren Frauen. Bei Frauen mit 64 beträgt die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigungsquote 3,4 Prozent. Die Altersrente liegt bei Frauen in Westdeutschland im Durchschnitt bei 487 Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes beträgt die Armutsgefährdungsquote in ganz Deutschland bei Menschen über 65 Jahren 15 Prozent. Insbesondere Ostdeutschland ist davon stark betroffen. Durch Altersarmut werden die Menschen der sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe und eines Lebens im Alter in Gesundheit und Würde beraubt. Altersarmut ist dauerhafte Armut. Die zunehmende Polarisierung der Alterseinkommen führt zu großen Unterschieden in wesentlichen Lebensbereichen

wie Wohnen und Teilhabe an Gesundheitsleistungen.

Zusätzlich zur Altersarmut bestehen in Deutschland erhebliche Mängel im Bereich der Altenpflege. Eine flächendeckende, diskriminierungsfreie menschenwürdige Grundversorgung ist bei der Pflege älterer und hilfebedürftiger Menschen nicht gewährleistet. [...]

## **Menschenrechtsverletzungen aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität**

Das Transsexuellengesetz (TSG) enthält Regelungen, die die Selbstbestimmung und Würde von transsexuellen Menschen beeinträchtigen. Eine Lebenspartnerschaft für Transsexuelle einzugehen noch bevor es zu geschlechtsangleichenden Maßnahmen gekommen ist, ist erst durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Januar 2011 (Az. 1 BvR 3295/07) möglich geworden. Zudem darf die Regelung des § 8 Absatz 1 Nummer 3 TSG, die den menschenrechtswidrigen Sterilisationszwang beinhaltet, mit sofortiger Wirkung nicht mehr angewendet werden. Die geschlechtliche und sexuelle Anerkennung wird intersexuellen Menschen und Transgendern verwehrt. Intersexuelle Menschen (gebräuchlich sind auch die Begriffe Hermaphroditen und Zwitter), also Personen, deren körperliche Geschlechtsmerkmale dem männlichen oder weiblichen Geschlecht nicht eindeutig zuge-

# LINKS IM BUND

ordnet werden können, werden in ihrer Geschlechtsuneindeutigkeit nicht anerkannt. Das Personenstandsgesetz (PStG) verpflichtet zur Geburtsanzeige binnen einer Woche nach der Geburt und zur eindeutigen Festlegung des Geschlechts. Das geltende Personenstands- und Vornamensrecht wird den Bedürfnissen von Transgendern, Intersexuellen und Transsexuellen nicht gerecht.

le und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 vorzulegen; 3. Kindern und volljährigen Personen, insbesondere auch jenen, die von Armut betroffen sind und die keinen gesicherten Aufenthaltsstatus besitzen, im Rahmen der Sozial-, Arbeits-, Aufenthalts- und Asylgesetzgebung frühzeitig Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe und Entfaltung ihrer persönlichen Fähigkeiten einzuräumen und hierfür

und personelle Ressourcen zuzuweisen und hierfür notwendige Gesetzentwürfe vorzulegen, die dafür benötigten strukturellen Voraussetzungen zu schaffen sowie darin kurz-, mittel- und langfristig zu erreichende Ziele zu benennen und die 5. Gleichbehandlungsrichtlinie der EU nicht weiter zu blockieren und ihr zuzustimmen; 6. insbesondere Kinder- und Altersarmut mit allen erforderlichen Maßnahmen zu bekämpfen und ihr vorzubeugen;

7. die schnelle und konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention mit entsprechenden Änderungen auf gesetzlicher und untergesetzlicher Ebene voranzutreiben und hierfür einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen;

8. Menschen, die ihre ökonomische Existenz nicht aus eigener Kraft sichern können, eine armutsfeste, solidarische, sanktionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung zu gewährleisten, die Asylsuchende, Geduldete und Menschen mit humanitärer Aufenthaltserlaubnis mit erfasst und hierfür einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen;

9. Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu bekämpfen und vorzubeugen;

10. einen Gesetzentwurf zur Aufnahme sozialer Grundrechte [...] in das Grundgesetz vorzulegen.

Berlin, den 6. April 2011

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“**

## **II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,**

1. die universellen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie die politischen und bürgerlichen Menschenrechte in ihrer Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik zu achten und zu schützen;

2. einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, sozia-

le und kulturelle Rechte vorzulegen; 4. die soziale, gesellschaftliche und politische Partizipation der in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religions- oder Konfessionszugehörigkeit, Hautfarbe oder sozialem Status, zu gewährleisten;

5. die UN-Behindertenrechtskonvention vollständig umzusetzen, dem dafür notwendigen ersten Aktionsplan entsprechende finanzielle

# AUSBEUTERISCHE KINDERARBEIT WELTWEIT BEKÄMPFEN

Auszug aus dem Antrag  
der Fraktion DIE LINKE

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:** 1. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind weltweit 327 Millionen Kinder erwerbstätig. Schätzungsweise zwischen 126 und 165 Millionen Kinder unter 15 Jahren müssen dabei unter ausbeuterischen und sklavenähnlichen Verhältnissen arbeiten, die ihre physische und psychische Entwicklung erheblich beeinträchtigen. Ein Teil der von ihnen hergestellten landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse wird für den Exportmarkt produziert und findet dadurch seinen Weg auch zu deutschen Konsumentinnen und Konsumenten. Laut ILO-Konvention 182 betreffen schlimmste Formen der Kinderarbeit neben unmenschlichen Arbeitsbedingungen auch den Verkauf von und den Handel mit Kindern, ihre Heranziehung und Anbieten für die kommerzielle Sexindustrie, die Zwangs- oder Pflichtrekrutierung von Kindern als Soldaten in bewaffneten Konflikten sowie ihren Einsatz zum Drogen- und Waffenschmuggel. Insbesondere Massenarmut, soziales Elend und Bürgerkriege stellen ursächliche Faktoren vor allem für ausbeuterische Formen von Kinderarbeit dar. Die Länder südlich der Sahara sind hiervon besonders stark betroffen.

2. Der Deutsche Bundestag bedauert, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zwar mit der am 18. April 2002 erfolgten Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 182 völkerrechtlich bindend dazu verpflichtet hat, sich aktiv mit konkreten Maßnahmen für die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen einzusetzen und ausbeuterischer Kinderarbeit aktiv entgegenzuwirken, sich in den vergangenen Jahren an der bestehenden Situation jedoch kaum etwas geändert hat.

3. Der Deutsche Bundestag bekräftigt des Weiteren ausdrücklich den Inhalt des Artikels 32 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989, wonach jedes Kind das Recht hat, „vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnte“.

## SPLITTER

### TREFFEN MIT BOTSCHAFTER ARMENIENS

Am 25. Mai traf Katrin Werner seine Exzellenz, Armen Martirosyan, Botschafter der Republik Armenien in Deutschland, zum Meinungsaustausch.

### TREFFEN MIT BOTSCHAFTER VON BELARUS

Am 25. Mai traf Katrin Werner seine Exzellenz Andrej Giro, Botschafter der Republik Belarus, zum Meinungsaustausch. Themen waren vor allem die aktuelle politische Lage, wie auch die Menschenrechtssituation in Belarus.



### TREFFEN MIT BOTSCHAFTER ASERBAIDSCHANS

Am 25. Mai traf Katrin Werner seine Exzellenz Parviz Shahbazov, Botschafter der Republik Aserbaidschan, zum Meinungsaustausch.

4. Der Deutsche Bundestag kritisiert, dass das Problem der ausbeuterischen Kinderarbeit dennoch in zahlreichen Ländern unverändert fortbesteht und die seitens der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen bislang keine greifbaren Ergebnisse gezeigt haben. Selbst die Kontrolle bzw. Identifizierung der von ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellten Produkte ist nur sehr eingeschränkt möglich. [...]

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich verstärkt bilateral und international dafür einzusetzen, dass das im Rahmen des ILO-Übereinkommens 182 geltende Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit weltweit umgesetzt wird und unverzüglich effektive Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels ergriffen werden; [...]

3. sich zu diesem Zweck im Rat der Europäischen Union für ein gemeinsames Vorgehen und einen EU-weiten, dauerhaften Kontroll- und Sanktionsmechanismus mit dem Ziel einzusetzen, die Einfuhr von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verbieten; [...]

6. gegenüber deutschen Unternehmen die Einhaltung der ILO-Konvention 182 in der gesamten Lieferkette verbindlich einzufordern und insbesondere zu gewährleisten, dass die Bewilligung von öffentlichen Krediten, anderweitigen öffentlichen Förderungsmitteln und/oder Investitionsschutzabkommen für deutsche Auslandsdirektinvestitionen nur unter dieser Auflage erfolgt; [...]

8. sich in diesem Fall zu diesem Zweck auf EU-Ebene dafür einzusetzen, eine generelle EU-weite Dokumentationspflicht der produktionsbezogenen Merkmale von Importgütern bereits vor ihrer Einfuhr einzuführen.

Berlin, den 10. Mai 2011, **Dr. Gregor Gysi und Fraktion**



Foto: ddp

## Begründung

Ausbeuterische Kinderarbeit ist eine direkte Folge von Armut – wenn das Einkommen der Eltern zum Überleben allein nicht ausreicht, werden häufig auch Kinder gezwungen, zu arbeiten. Viele Kinder geraten hierbei in langjährige Schuldknechtschaft, weil ihre Familien die Arbeitskraft der Kinder aufgrund von nicht bezahlten Schulden verkaufen müssen. [...] Die von ausbeuterischer Kinderarbeit und Schuldknechtschaft betroffenen Kinder haben in der Regel dann auch keinen Zugang mehr zu einer regulären Schul- und/oder Berufsausbildung, wodurch ihnen die Möglichkeit genommen wird, den Kreislauf aus struktureller Armut und Unterentwicklung zu durchbrechen. Alle Strategien zur Bekämpfung der Kinderarbeit müssen daher von wirksamen Maßnahmen der Armutsbekämpfung als der unmittelbaren Ursache von Kinderarbeit flankiert werden. Boykotte und Marktzugangssperren von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit sind notwendig, reichen allein aber nicht aus. Positive Erfahrungen mit Sozialprogrammen in Mexiko und Brasilien belegen, dass die Verknüpfung von staatlichen Sozialleistungen mit dem Schulbesuch von schulpflichtigen Kindern einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung von Kinderarbeit zu leisten vermag, selbst für solche, die nach der ILO-Konvention 182 als nicht ausbeuterisch anzusehen ist. [...]



## LANDESREGIERUNG AN WAHLVERSPRECHEN ERINNERT!

**Rot-Grün in Rheinland-Pfalz hat eine starke linke Opposition verdient - auch außerhalb des Parlaments**

Eine sozial-ökologische Wende hat die neue Landesregierung versprochen. Aber bereits jetzt zeigt sich, dass wenn man die Rot-grüne Regierung an ihren eigenen Maßstäben misst, sie diese nicht einhält. Dies wird vor allem deutlich an den angekündigten Sparmaßnahmen im Bildungsbereich. 2000 Lehrerstellen sollen wegfallen. Das steht im krassen Widerspruch zu den Aussagen im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag. In einem offenen Brief erinnert Katrin Werner die neue Landesregierung an ihre Wahlversprechen. Bei der Bildungspolitik darf nicht gespart werden. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer, um einen qualitativ hochwertigen Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Außerdem steht die Landesregierung vor der Aufgabe, die UN-Behindertenkonvention umzusetzen. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang die flächendeckende Einrichtung „Einer Schule für alle“. Diese ermöglicht die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Um ein gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung zu er-



möglichen, werden ebenfalls mehr Lehrkräfte gebraucht. Die Streichung von Lehrkräften bzw. überhaupt Kürzungen im Bildungsbereich sind somit kontraproduktiv. Kompletten Offenen Brief nachlesen unter:  
[www.katrinwerner.de/uploads/media/OffenerBrief\\_Bildungspolitik.pdf](http://www.katrinwerner.de/uploads/media/OffenerBrief_Bildungspolitik.pdf)

Auch beim Thema Ausreisezentrum bleiben wir dran. Hoffentlich hält sich die Landesregierung wenigstens bei diesem Punkt an ihren Koalitionsvertrag. Dort steht geschrieben, dass das Ausreisezentrum zeitnah geschlossen wird. Aber was bedeutet diese schwammige Formulierung eigentlich? Genau das wollte Katrin Werner von der neuen Regierung wissen. Gespannt warten wir jetzt auf die Antworten aus Mainz und werden in der nächsten Ausgabe darüber berichten.

## **NACHGEFRAGT: DER BUNDESWEHR- KARRIERE-TRUCK IN TRIER**

Die Militarisierung öffentlicher Räume schreitet immer mehr voran: Es wird immer alltäglicher, dass die Bundeswehr auf Job-Börsen auftritt, unlängst wurde sie schon auf der Game-Konvention gesehen, um Mitglieder zu rekrutieren. In Rheinland-Pfalz schloss das Kultusministerium gleich einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr, der es Jungoffizieren erlaubt, über die Kriegsdoktrin der Bundeswehr in Schulen zu referieren.

Zum Rheinland-Pfalz-Tag hatte sich die Bundeswehr eine neue Idee einfallen lassen: einen Bandwettbewerb in Trier. Junge Bands aus Rheinland-Pfalz sollten an einem Wettbewerb teilnehmen. Die Gewinnerband, durch Publikumsabstimmung ermittelt, durfte dann am Rheinland-Pfalz-Tag auftreten.

Die Veranstaltung dürfte einiges an Steuergeldern gekostet haben: Werbung für die Bundeswehr mit riesigen Postern von Panzern, Technik für die Auftritte der Band, Nutzung öffentlicher Räume und öffentliche Stromnutzung dürfte schon einen beachtlichen Betrag ausmachen. Aus diesem Grund stellte die Stadträtin Katrin Werner ein Anfrage an die Stadtverwaltung Trier, die gegen die Werbeveranstaltung der Bundeswehr keinen Protest eingelegt hatte. Bedenklich ist dies, weil der Oberbürgermeister immerhin Mitglied des Bündnisses „Bürgermeister für den Frieden“ ist. Er ließ es mit zu, dass die Bundeswehr junge Musiker dazu instrumentalisiert, für die Bundeswehr als Arbeitgeber zu werben. Die Anfrage wird im Stadtrat am 16. Juni beantwortet. Über die Antwort werden wir berichten.



## WIESO AUSGERECHNET EIN PARLAMENTSPRAKTIKUM UND WIESO AUSGERECHNET BEI DER LINKEN?

engagieren sich bei den antirassistischen und antifaschistischen Initiativen und in dem Fanladen des FC St.Pauli. Ich werde oft mit der Frage konfrontiert: Wo kommst Du her? Wieso eigentlich heißt das Land Belarus und nicht Weißrussland? Ich versuche dann immer zu erklären, wieso es mir wichtig ist, Belarussisch zu sprechen, und was die Belarussinnen und Belarussen eigentlich von Russland unterscheidet. In den Augen vieler Westeuropäer, die ganz häufig noch nie dort gewesen sind, existiert immer noch ein falsches Bild von einem homogenen postsowjetischem Raum. Dabei wird Belarus mitunter in manchen linken Zeitungen undifferenziert wie ein sozialistisches Paradies dargestellt, was den realen Verhältnissen nicht entspricht. In Belarus selbst gibt es zwei linke Parteien: die Belarussische Partei der Vereinten Linke „Gerechte Welt“ und die Kommunistische Partei Belarus. Was unterscheidet beide? In erster Linie die Einstellung zum Lukašenka Regime, aber auch der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit.

In Deutschland gibt es seit kurzem die vereinte Partei DIE LINKE, in der unterschiedliche Traditionen zusammen fließen. Wie funktioniert das? Wie kommen sie mit einander klar? Diesen Prozess verfolge ich mit großem Interesse, ebenso wie die politische Arbeit im Bundestag.

Wenn man nachvollziehen will, wie die Politik in Deutschland funktioniert, ist ein Praktikum im Bundestag ein richtiger Weg. Langweilig ist es nicht. Von der Besprechung in der AG Menschenrechte, im AK Internationale Politik bis zur Fraktionssitzung und im Menschenrechtsausschuss gewinne ich einen informativen Überblick über den Tagesablauf der MdB und ihre Arbeit im Bundestag. Zusätzlich nehme ich an den Seminaren der politischen Stiftungen wie der Rosa-Luxemburg Stiftung und einigen Lehrveranstaltungen an der HUB teil. Bei MdB Katrin Werner ist es mir wichtig zu erfahren, wie eine Frau sich als eine Politikerin engagiert und durchsetzt: vom persönlichen Führungsstil bis zu politischen Fragen, die ihr wichtig sind. Wie spricht sie Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis an? Aktivitäten, wie der Girls' Day im Wahlkreisbüro, sind eine wichtige Möglichkeit für junge Frauen, sich für Politik zu interessieren.

Gerade ist meine Wahlkreisreise zu Ende gegangen. Ich habe einen guten Eindruck von linker Kommunalpolitik in Trier und dem Engagement von MdB Katrin Werner vor Ort bekommen. Mir ist klar: Verständigung - auch unter LINKEN - wächst von unten.

**Alesja Belanovich,**

Stipendiatin des Internationalen Parlamentsstipendium

**Seit dem 14.03.2011 bin ich im Rahmen des Internationalen Parlaments Stipendiums im Bundestagsabgeordnetenbüro von Katrin Werner tätig.**

Mein Interesse an der linken Politik in Deutschland rührt aus meiner früheren Erfahrung: Ich habe ein Jahr in Hamburg verbracht, wo ich als Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme tätig war. Viele meiner Freunde aus Hamburg



# DIE AGENDA

der dritten Teilsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 20. bis zum 24. Juni steht fest - ein Auszug:

Montag, 20. Juni 2011

Beobachtung der vorgezogenen Parlamentswahlen in der „Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien“  
Beobachtung der Parlamentswahlen in der Türkei

Dienstag, 21. Juni 2011

Asylsuchende und Flüchtlinge: Verantwortung in Europa teilen  
Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den aufstrebenden Demokratien in der arabischen Welt

Mittwoch, 22. Juni 2011

Zusammenleben im Europa des 21. Jahrhunderts: Umsetzung des Berichtes der namhaften Persönlichkeiten; Stellungnahme des Vorsitzenden der Gruppe namhafter Persönlichkeiten des Europarates, Joschka Fischer  
Frauenanteil in wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsgremien erhöhen

Donnerstag, 23. Juni 2011

Nationale Parlamente – Garanten der Menschenrechte in Europa  
Die Rolle der Parlamente bei der Festigung und Entwicklung der Sozialrechte in Europa; Stellungnahme der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Freitag, 24. Juni 2011

Wegbereitung für eine Jugendrechtskonvention  
Eindämmen des drastischen Rückgangs der Beschäftigung junger Arbeitnehmer

## BUNDESTAG & WAHLKREIS

### DEUTSCHER BUNDESTAG

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227-74337

Telefax: (030) 227-76337

E-Mail: [katrin.werner@bundestag.de](mailto:katrin.werner@bundestag.de)

### Tina Hilprecht

Büroleiterin

Telefon: ( 030) 227-74335

### Heiko Langner

wissenschaftlicher Mitarbeiter

Telefon: ( 030) 227-74336

E-Mail: [katrin.werner.ma01@bundestag.de](mailto:katrin.werner.ma01@bundestag.de)

### Thomas Feske

Telefon: ( 030) 227-74331

E-Mail: [katrin.werner.ma02@bundestag.de](mailto:katrin.werner.ma02@bundestag.de)

### WAHLKREISBÜRO TRIER

Paulinstr. 1-3, 54292 Trier

Telefon: (0651) 1459225

Telefax: (0651) 1459227

E-Mail: [katrin.werner@wk.bundestag.de](mailto:katrin.werner@wk.bundestag.de)

### Ulrike Stumm

Wahlkreismitarbeiterin

Wahlkreisbüro Trier

### Marc-Bernhard Gleißner

Wahlkreismitarbeiter

Mobil: ( 0160) 96271733

E-Mail: [katrin.werner@wk2.bundestag.de](mailto:katrin.werner@wk2.bundestag.de)

### BÜRGERBÜRO WITTLICH

#### Vanessa Burkhardt

Untere Kordel 1a

54516 Wittlich

Telefon: (06571) 1485192

[katrin.werner.ma01@wk.bundestag.de](mailto:katrin.werner.ma01@wk.bundestag.de)